

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 11 (1970)
Heft: 11

Artikel: Wie leninistisch war Lenin eigentlich? : Zu einem "dissidenten" Buch zweier kommunistischer Autoren
Autor: Klim, Franz
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092581>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zu einem «dissidenten» Buch zweier kommunistischer Autoren

Wie leninistisch war Lenin eigentlich?

Von Franz Klim

Die zwei bekanntesten nicht kremelgebundenen Kommunisten Oesterreichs, Ernst Fischer und Franz Marek, haben ein Lenin-Buch veröffentlicht, das sich von der üblichen glorifizierenden Lenin-Interpretation abhebt. Schon der Titel kündigt eine Korrektur an: «Was Lenin wirklich sagte»*. Die Korrektur erfolgt tatsächlich in doppelter Hinsicht: Einmal am Unfehlbarkeitsmythos, der die Person Lenins umgibt, dann auch am Anspruch seiner Machtnachfolger, leninistisch zu sein.

Wenn diese Besprechung eher darauf ausgeht, das Buch inhaltlich wiederzugeben als sich mit ihm auseinanderzusetzen, dann bedeutet das nicht notwendigerweise eine Identifizierung mit den Ansichten der beiden Autoren. Vielmehr ist die vorrangig informative Darlegung dieser Gesichtspunkte hier gerade deshalb möglich, weil das «ZeitBild» (namentlich in seiner Lenin-Sondernummer) die Auseinandersetzung mit Lenin und Leninismus in eigenen Beiträgen vorgenommen hat und immer wieder vornimmt.

Die Autoren führen in ihrer Einleitung an, dass sie die Fragenkomplexe so gegliedert und die Zitate so ausgewählt haben, dass ihr Lenin nicht ein kanonisierter Lenin ist, nicht ein Heiliger, sondern ein revolutionärer Führer, ein Mensch mit seiner Widersprüchlichkeit, der «den Gegner mit schonungsloser Grobheit beschimpft». Und «seine Epigonen, so wenig sie ihm gleichen, haben diese Methode übernommen». Von seiner Sache besessen setzte sich Lenin in entscheidenden Tagen und Stunden nicht selten über die Mehrheit hinweg ... und in solchen Situationen war er schroff und unduldsam gegen alte Kampfgefährten, die sich ihm widersetzen, sagen die Autoren.

Das bürgerliche Laster der Hypokrisie

Lenin, der den Widerspruch zwischen Wort und Tat als eines der widerlichsten Laster der bürgerlichen Gesellschaft verdammt, geriet selber nicht selten in ein Spannungsfeld, in dem das Gleichgewicht von Theorie und Praxis sehr labil war. Laut den Autoren hat Lenin auch das Tempo der Entwicklung überschätzt, hat vom kommenden Tag erwartet, was kaum das künftige Jahrzehnt zu leisten vermochte, hat, um die Praxis zu beflügeln, mitunter die Theorie nicht nur aus objektiven Voraussetzungen abgeleitet, sondern sie den Erfordernissen seiner unmittelbaren Zielsetzungen angepasst.

Lenin ging es vor allem um die revolutionäre Tat, und sein Verhältnis zum Marxismus stand unter diesem Einfluss. Ganz offen erklärte er: «Wir betrachten die Theorie von Marx keineswegs als etwas Abgeschlossenes und Unangestastetes; wir sind im Gegenteil davon überzeugt, dass sie nur das Fundament der Wissenschaft gelegt hat, die die Sozialisten nach allen Richtungen weiterentwickeln müssen... Wir sind der Meinung, dass es für die russischen Sozialisten besonders notwendig ist, die Theorie von Marx selbständig weiterzuentwickeln, denn diese Theorie liefert lediglich die allgemeinen Leitsätze, die im einzelnen auf England anders angewendet werden als auf Frankreich, auf Frankreich anders als auf Deutschland, auf Deutschland anders als auf Russland.» — In späterer Zeit und besonders in jetziger Zeit, in welcher «die andere Anwendung» in der Tschechoslowakei durch brutale Gewalt verhindert wurde, erinnert man nicht mehr an diese Sätze.

* Ernst Fischer — Franz Marek: «Was Lenin wirklich sagte». Verlag Fritz Molden, Wien/München/Zürich 1969. 189 Seiten, Fr. 12.40.

Die Autoren schildern vor allem Lenins Auffassung von der Rolle des subjektiven Faktors in der gesellschaftlichen Entwicklung, die die Bedeutung der revolutionären Organisation, der revolutionären Partei hervorhob. Die nachdrückliche Betonung des subjektiven Faktors steht in engem Zusammenhang mit Schlussfolgerungen, die Lenin aus den russischen Bedingungen des politischen Kampfes, aus der Illegalität der sozialistischen Bewegung, aus den Verfolgungen durch die zaristischen Machtorgane zog. Den schweren Anforderungen des politischen Kampfes können — laut Lenin — nur disziplinierte Berufsrevolutionäre gerecht werden, und deshalb soll die Partei nur solche Elemente aufnehmen, die wenigstens ein Mindestmass an Organisiertheit ermöglichen. Lenin war für eine streng zentralistische Organisation und erklärte: «Bürokratismus gegen Demokratismus, das heisst eben Zentralismus versus Autonomismus, das ist das organisatorische Prinzip der revolutionären Sozialdemokratie... Das organisatorische Prinzip der revolutionären Sozialdemokratie ist bestrebt, von oben auszugehen, und verteidigt die Erweiterung der Rechte und der Vollmachten der zentralen Körperschaft gegenüber dem Teil.» Diese Prinzipien, aus den russischen Zuständen abgeleitet, wurden später unter völlig anderen Voraussetzungen unheilvoll missbraucht — bemerken die Autoren.

Die innerparteiliche Opposition: ja bis 1921, nachher nein

Die Anfänge der bolschewistischen Partei standen noch im Zeichen einer innerparteilichen Demokratie, und bei Abstimmungen blieb Lenin nicht selten in der Minderheit. Noch im Jahre

1920 stellte Lenin ausdrücklich fest, dass hinter der Opposition in der Partei auch «ausserordentlich gesunde Bestrebungen, eine gesunde Tendenz und ein gesundes Programm» stehen, aber schon 1921 wurde die Bildung von Fraktionen und Gruppen innerhalb der Partei verboten, und die Kommunistische Internationale machte diesen Grundsatz allen angeschlossenen Parteien zur Pflicht.

Im Sinne seiner Ueberzeugung, dass der Marxismus kein abgeschlossenes System sei, retuschierte Lenin die Revolutionstheorien von Marx und Engels. Diese hatten die sozialistische Revolution als einen im wesentlichen gleichzeitigen Akt in den entwickelten kapitalistischen Ländern des Westens erwartet. Lenin kam aber zu einer anderen Erkenntnis.

Im Frühjahr 1916 vollendet er in Zürich sein Buch über den «Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus», gestützt auf die Arbeiten des englischen Oekonomen Hobson und des Austromarxisten Hilferding, aber mit eigenen Schlussfolgerungen. In diesem Werk stossen wir auf die berühmte These Lenins, wonach sich die einzelnen Industriezweige und einzelne Länder ebenso ungleichmässig entwickeln wie die einzelnen Unternehmungen. Lenin: «Die Entwicklung des Kapitalismus geht höchst ungleichmässig in den verschiedenen Ländern vor sich... Daraus die unvermeidliche Schlussfolgerung: Der Sozialismus kann nicht gleichzeitig in allen Ländern siegen. Er wird zuerst in einem oder einigen Ländern siegen, andere werden für eine gewisse Zeit bürgerlich oder vorbürgerlich bleiben.»

Aber in dieser Leninschen Revolutionstheorie handelt es sich um hingeworfene Gedanken ohne die Argumentation, warum aus der ungleichmässigen Entwicklung der kapitalistischen Produktion und Länder folgt, dass der Sozialismus nicht gleichzeitig in den kapitalistischen Ländern siegen kann. Uebrigens war die ungleichmässige Entwicklung der kapitalistischen Länder auch Marx und Engels bekannt. — Es ist klar, dass der Sieg der sozialistischen Revolution in einzelnen Ländern mehrere innenpolitische und ausserpolitische Gründe hat (die hier nicht behandelt werden können) und keinesfalls die ungleichmässige Entwicklung der einzelnen Länder.

«Staat und Revolution» ist eines der wirksamsten Bücher Lenins. Lenin ging es in diesem Buch um die marxistische These, dass der Staat ein Organ der Klassenherrschaft ist, ein Organ zur Unterdrückung der einen Klasse durch die andere. Es ist ein Konzentrat der Marxschen Staatslehre, und zwar mit einer gezielten Auswahl, die den Staat *nur* als repressiven Macht-



Lenin-Gedenkfeier. («Pobjeda», Titograd)



Wie demokratisch war Lenins Verhalten?
(Abnahme der Parade zum 7. November 1919)

apparat darstellt und nur jene Stellen zitiert, in denen Marx und Engels von der Notwendigkeit einer gewaltsamen Revolution sprechen.

Engels hat in seiner Kritik am Erfurter Programm der deutschen Sozialdemokraten von der Möglichkeit einer friedlichen Revolution sogar in Frankreich geschrieben. Lenin tut diese wichtige Feststellung von Engels damit ab, dieser habe nur davon gesprochen, dass man sich so eine Entwicklung in Frankreich vorstellen könne. Im letzten Jahr seines Lebens bezeichnete Engels das allgemeine Wahlrecht als ein Werkzeug der Befreiung der Massen und äusserte die Auffassung, dass die demokratische Republik die spezifische Form für die Diktatur des Proletariats sei.

Die «Diktatur des Proletariats» wird zur Legitimierung der Diktatur überhaupt

Wenn Lenin diese Äusserung von Engels so kommentiert, dass die demokratische Republik den Boden für eine solche Verschärfung des Klassenkampfes bilde, die zur Möglichkeit der Diktatur des Proletariats führe, so muss bezweifelt werden, dass Engels wirklich nur diesen Gedanken im Auge gehabt hat. Lenin schrieb einmal an seine Freundin Ines Armand: «Engels ist nicht unfehlbar. Marx ist nicht unfehlbar.» Und bei der Darstellung der Marx'schen Staatslehre ging er tatsächlich über Marx hinaus, und stellte sich sogar gegen ihn.

Lenin charakterisierte den Staat nach der sozialistischen Revolution als eine Diktatur des Proletariats, welche die geschlagenen Ausbeuterklassen im Zaum halte und gleichzeitig den «Demokratismus» für die werktätige Bevölkerung maximal erweiterere. Also einerseits Diktatur gegenüber den geschlagenen Ausbeuterklassen, andererseits Demokratie für das werktätige Volk. Aber die Erfahrungen nach der Oktoberrevolution bezeugten noch zu Lebzeiten Lenins, so sagen die Autoren, dass diese zwei Seiten der Diktatur des Proletariats keineswegs eine widerspruchlose Einheit bilden.

Lenin sah «keinerlei prinzipiellen Widerspruch zwischen dem sowjetischen Demokratismus und der Anwendung der diktatorischen Gewalt einzelner Personen». Aber aus dieser Zweifelt von Demokratie und Diktatur ergab sich ein Spannungsfeld, das die Entwicklung des Sowjetstaates bedeutsam beeinflusst hat. Lenin sah sich später gezwungen, seine Formulierungen über die Diktatur des Proletariats zu nuancieren, indem er erklärte: «Nicht in der Gewalt allein und nicht hauptsächlich in der Gewalt besteht das Wesen der proletarischen Diktatur.»

Nach fünfzig Jahren «Erweiterung der Demokratie»

In der Wirklichkeit aber entstand die Diktatur des Parteiapparats, und dies beweist heute auch Sacharows Brief an die sowjetische Führungsspitze.

Sacharow erachtet es, 50 Jahre nach Gründung des Sowjetstaates, als «eine dringende Notwendigkeit, ... die weitere Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens des Landes» vorzunehmen. Im weiteren betont er, dass «die Wurzel der Schwierigkeiten ... in den antidemokratischen Traditionen und Normen des gesellschaftlichen Lebens liegt ...» Weiter: «Die Beschränkung des freien Meinungs austausches erschwert ... eine Kontrolle der Führung und lähmt die Initiative des Volkes». Und zuletzt stellt Sacharow auch die Frage: «Wie kann man rechtfertigen, dass Menschen in Gefängnisse, Lager und Irrenhäuser gesteckt werden, nur weil sie Opposition machten, die sich völlig legal im Bereich der Ideen und Überzeugungen abspielte?» So — mit Lenins Worten gesagt — erweiterte die Diktatur des Proletariats den Demokratismus für die werktätige Bevölkerung! ■

Der Buchtip

«Der Kampf um Berlin 1945 in Augenzeugenberichten.» Herausgegeben von Peter Gosztony, Karl-Rauch-Verlag, Düsseldorf 1970, 424 Seiten, Fr. 30.50.

Das Dokumentationswerk ist vom Leiter der Osteuropa-Bibliothek in Bern, Dr. Peter Gosztony, zusammengestellt worden, der seinerzeit im gleichen Verlag in der gleichen Reihe das immer noch beste Buch über den Ungarn-Aufstand («Der ungarische Aufstand in Augenzeugenberichten, 1966) herausgegeben hatte.

Die mit ihrer Vorgeschichte relevante Periode des Kampfes um Berlin dauert vom November 1944 bis zum Mai 1945. Das Geschehen wird durch das Quellenmaterial verschiedenster Art beleuchtet: Tagebuchblätter etwa von russischen Soldaten oder Berliner Zivilisten, Befehle, Protokolle, Memoirenauszüge aus allen Lagern, interne Lagebeurteilungen, zeitgenössische und spätere Kritik an der Kampfführung (wobei namentlich die sowjetischen Meinungsunterschiede wenig bekannte Aspekte aufzeigen) usw. Etliche sowjetische Dokumente sind hier erstmals veröffentlicht, andere Belege erstmals in einem Buch zu finden. Am Rande beleuchtet das ausgewählte Material, das durch stichwortartige Verbindungstexte in das Geschehen eingebettet ist, auch die Missverständnisse und «Missverständnisse» zwischen den Westmächten und der Sowjetunion.

Das geschichtliche und vor allem militärgeschichtliche Quellenwerk macht in seiner Vielfältigkeit und Unmittelbarkeit auch dem historischen Laien jene Epoche wieder lebendig, in welcher ein verbrecherisches System sein unausweichliches Ende fand. Zeittafeln, Register, Photoseiten und Karten gehören weiter zum Buch, das selbst keine Interpretation macht, aber dem Leser Stoff zur Ergänzung seines schon erworbenen Geschichtsbildes gibt. cb

Dokumente zur sudetendeutschen Frage 1916 bis 1967. Zusammengefasst von Ernst Nitter, Ackermann-Gemeinde, München 1967, 583 Seiten.

Die Nationalitätenfrage hat in Mitteleuropa auch nach zahlreichen Friedenspakten und Revisionen der Grenzen nichts an Aktualität eingebüsst. Die

Massnahmen, die von den Siegermächten der beiden Weltkriege getroffen wurden, konnten weder für die Beruhigung an dieser Front noch für eine gerechtere Ordnung sorgen. Eines von diesen Problemen stellt die sudetendeutsche Frage dar, über die seit dem Ende des Weltkrieges viel offenkundige Unwahrheiten, die oft bewusst verbreitet wurden, oder Missverständnisse aus unzulänglicher Kenntnis der Lage und Fehlurteile in Umlauf gekommen sind. Jede objektive Darstellung ist daher zu begrüssen und vor allem eine Dokumentation wie die vorliegende, die zweifellos wertvolle Unterlagen zu einer selbständigen Meinungsbildung liefert.

✱

Ludwig Freund: «Koexistenz und Entspannung.» Holzner-Verlag, Würzburg 1966, 286 Seiten.

Das bereits in zweiter Auflage vorliegende Werk des Professors der Roosevelt-Universität in Chicago dient in erster Linie dazu, die Begriffsverwirrungen in der wichtigen Frage der Koexistenz und Entspannung zu beseitigen. Freund erachtet als seine erstrangige Aufgabe, die unbeirrbar, ideologisch bedingten Fernziele auf der einen Seite, die sprunghafte Taktik und Eigenwilligkeit der Sowjetpolitik auf der anderen Seite herauszustellen. Wir müssen anerkennen, dass er dieser Aufgabe gerecht wird und — unabhängig von westlichen und östlichen Vorurteilen — dem Leser eine unparteiische Synthese bietet. Ein weiterer Vorteil der Arbeit ist es, dass der Autor nicht nur die relativ bekannten europäischen Stellungnahmen anführt, sondern auch auf die verschiedenen amerikanischen Ansichten hinweist, die dem europäischen Leser keineswegs geläufig sind.

✱

Wolfgang Strasser: «Oesterreich und die Vereinten Nationen.» Braumüller-Verlag, Wien 1967, 439 Seiten.

Die zehnjährige Mitgliedschaft Oesterreichs bei den Vereinten Nationen, die sich im Jahre 1965 jährt, war bestimmt ein interessanter Anlass, dieses Ereignisses in einer wissenschaftlichen Untersuchung zu gedenken. Da es hier um die Mitwirkung eines neutralen Staates in der Weltorganisation handelt, dürften manche Kapitel des Werkes von den schweizerischen Lesern und Experten

(Fortsetzung auf Seite 4)